



„Glück auf, Glück auf – der Reiner kommt!“

Die Überraschung war gelungen: Zum 60. Geburtstag von Grünen-Fraktionschef Reiner Priggen gab es ein Ständchen der besonderen Art. In den Tagen zuvor war in der Grünen-Fraktion und bei der SPD viel getuschelt worden, nur der Jubilar ahnte nichts. Umso größer wurden die Augen von Reiner Priggen, als rund 40 Sänger des Ruhrkohle-Chors mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und SPD-Fraktionschef Norbert Römer während der laufenden Sitzung den Fraktionssaal betreten und das Steigerlied sangen. Erstaunlich textsicher erwies sich die SPD-Spitze auch bei weiteren Bergmanns-Liedern, während die grünen Abgeordneten in drei von Geschäftsführerin Sigrid Beer neu getextete Strophen des Steigerlieds einstimmten.

Passend zum Auftritt fielen auch die Geschenke aus. Neben einer Original-Gruben-



lampe bekam Reiner Priggen ein sogenanntes Arschleder – einen traditionellen Arbeitsschutz, den er sofort anprobierte. Einen Eindruck vom Auftritt gibt's hier: <http://gruene.fr/34>



FDP-Fraktion fordert bessere Kontrolle des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz ist aus Sicht der FDP ein wichtiges Instrument einer wehrhaften Demokratie. Er muss aber stärker durch das Parlament kontrolliert werden. Bei einem Gedankenaustausch mit dem ehemaligen Bundesinnenminister, Gerhart Baum, haben die Abgeordneten über die notwendige Reform des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzgesetzes debattiert. Baum betonte: „Die Befugnisse des Verfassungsschutzes müssen klar verfassungskonform sein.“ Insbesondere die Normen zur Wohnraum- und Telekommunikationsüberwachung seien zu überarbeiten. Im Spannungsverhältnis zwischen dem Grundrecht auf Freiheit und dem Wunsch nach Sicherheit müssten ein wirkungsvoller, gesetzlich normierter Kernbereichsschutz und Schutz der Privatheit festgeschrieben werden.



„Wir wollen den Verfassungsschutz in einen strikten Rechtsrahmen überführen“, erklärte FDP-Fraktionschef Christian Lindner. Die FDP fordert den Landtag auf, eine Stärkung des Parlaments, die Einführung eines Bürgeranwalts sowie den Parlamentsvorbehalt für neue Maßnahmen zu beschließen. „Die FDP will einen Bürgeranwalt im Parlamentarischen Kontroll-

gremium, der die Interessen derjenigen vertritt, die vom Verfassungsschutz überwacht werden“, erklärte Lindner. Das könnte der Landesdatenschutzbeauftragte sein. Eine politisch motivierte Einschränkung der Arbeit des Verfassungsschutzes, wie die Grünen in NRW fordern, lehnt die FDP ab. „Wir wollen, dass der Verfassungsschutz weiter gegen alle extremistischen Gefährder und Bedrohungen vorgeht. Er darf nicht auf einem Auge blind sein.“ Rechts- wie linksextremistische Tendenzen sowie der extreme Islamismus müssten gleichermaßen im Blick behalten werden.



Schritte in die richtige Richtung

Bessere Bildung und eine funktionstüchtige Infrastruktur – das sind die beiden wichtigsten Vorhaben, mit denen die Piraten-Fraktion in die Haushaltsberatung für 2013 geht. Dabei konzentrieren wir uns ganz bewusst auf Projekte, bei den sich mit vergleichsweise wenig Geld viel erreichen lässt.



Dr. Joachim Paul (PIRATEN)

„Zum einen wollen wir die Nutzung von Medien unter freier Lizenz an den Schulen in NRW voranbringen“, erklärt Dr. Joachim Paul, Fraktionsvorsitzender der Piratenfraktion. Auch zu Forschungsergebnissen aus den landeseigenen Hochschulen muss der freie Zugang vereinfacht werden. „Wir wollen die Möglichkeiten

verbessern, wissenschaftliche Erkenntnisse ohne Zugangsbeschränkungen abzurufen“, erläutert Paul. „Nur so kann das volle Potenzial solcher staatlich finanzierten Forschungsergebnisse ausgeschöpft werden.“

Zum anderen setzen sich die Piraten für richtungsändernde Infrastrukturmaßnahmen ein. Dass diese dringend notwendig sind, zeigen nicht zuletzt die immer häufiger auftretenden

gravierenden Schäden an Autobahnbrücken. Wir arbeiten daher weiter an der Umsetzung eines unserer Kernthemen: einem attraktiven, fahrscheinlosen öffentlichen Personennahverkehr. „Zu einer funktionierenden Infrastruktur

gehören für uns aber auch Dinge wie ein flächendeckender Breitbandausbau. Funktionsfähige Internetanschlüsse sichern Menschen gesellschaftliche Teilhabe“, so Paul. „Gleichzeitig ergeben sich beim Breitbandausbau positive Effekte für Wirtschaftsstandorte im ländlichen Raum.“

Die Piraten-Forderungen sind nicht abschließend. Durch sie wollen wir die Landesregierung auffordern, mit uns über innovative Ideen zu sprechen. Paul: „Sie sollen eine Einladung sein, gemeinsam die ersten Schritte in die richtige Richtung zu gehen.“

